



Liebe Genossinnen und Genossen,

Europa befindet sich in schwierigen Zeiten: In Moskau wurde der Oppositionspolitiker Boris Nemzow ermordet. Er war nicht das erste Opfer einer Hasskampagne in Russland gegen Andersdenkende.

Zurück nach Brüssel: Der Umweltausschuss im Europaparlament hat über neue Regeln für Biokraftstoffe abgestimmt. Wir müssen die Ungewissheit über die Zukunft des Biosprits in Europa beenden. Angesichts der steigenden Treibhausgasemissionen im Transportbereich brauchen wir einen Durchbruch für nachhaltige Kraftstoffe.

Diese und weitere Themen findet Ihr in meinem neuen Newsletter. Viel Spaß beim Lesen!

Mit besten Grüßen

Jo Leinen



NEUES AUS EUROPA

Und der Großregion SaarLorLux

No. 3/15, März 2015

Themen

Aktuelle Themen in der Europapolitik

Moskau: Oppositionspolitiker in Lebensgefahr

4 Jahre Fukushima: Atomausstieg statt Atomnachrüstung in Europa vorantreiben

Sachstandbericht der Umweltagentur: EU droht ihre eigenen Ziele zu verfehlen

Meine Arbeit im Europäischen Parlament

Verfassungsausschuss (AFCO): Die Mängel der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) müssen beseitigt werden

Umweltausschuss (ENVI): Biokraftstoffe der zweiten Generation fördern

Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union

Klare Kante gegen außergerichtliche Schiedsstellen (ISDS) in Handelsverträgen

News aus der Großregion SaarLorLux

Keine Gigaliner auf Saarlands Straßen

Energie-Union auch in der Großregion Saar-Lor-Lux

Kein Platz für Fremdenfeindlichkeit im Saarland

Besuchergruppen im Europäischen Parlament in Straßburg

Moskau: Oppositionspolitiker in Lebensgefahr

Der Mord an dem Oppositionspolitiker Nemzow muss aufgeklärt werden. Nemzow war nicht das erste Opfer einer gnadenlosen Hasskampagne in Russland gegen alle Andersdenkenden. Journalisten und Politiker wurden schon mehrfach ihres Lebens beraubt, weil sie Kritik am autoritären und korrupten Putin-Regime geübt haben.

Dieser Mord sollte auch allen Putin-Verstehern in West-Europa zu denken geben. Zu viele sind geneigt, die Augen zuzudrücken und wegzuschauen, was sich die Clique um Wladimir Putin in den letzten Jahren ausgedacht hat. Dort herrscht die schiere Angst, dass Demokratie und Rechtsstaat sich durchsetzen könnten und das eigene Volk wie in Kiew aufbegehrt. In einer regelrechten Gehirnwäsche durch die gleichgeschalteten russischen Medien wurde die Bevölkerung darauf getrimmt, den Westen als Feind aufzufassen. Es sind nicht die EU oder die NATO, die Russland bedrohen, sondern die Misswirtschaft und die Korruption im eigenen Land.

So wie der Anschlag auf Charlie Hebdo in Paris die Augen vor der Brutalität des fanatischen Islamismus geöffnet hat, so könnte der Mord an Nemzow auch ein Wendepunkt für eine klarere Sicht auf die autoritäre und auch brutale Machtausübung in Moskau sein.

4 Jahre Fukushima: Atomausstieg statt Atomnachrüstung in Europa vorantreiben

Vor vier Jahren fand im japanischen Fukushima die bisher größte Atomkatastrophe statt. Seit vier Jahren warten Zehntausende Menschen aus Fukushima auf die Rückkehr in den Alltag. Immer noch leben rund 230.000 Menschen in Zwischenunterkünften oder kleinen Wohncontainern, die nach der Katastrophe zu Zehntausenden errichtet wurden.

Der Super-GAU von Fukushima sollte eine Mahnung sein, das Risiko der Strahlenbelastung für Mensch und Natur durch Atomanlagen nicht aus den Augen zu verlieren. Die Strahlenbelastung ist in der Region immer noch 20 Mal höher als der Normalwert.

Nicht zuletzt angesichts des Ausmaßes des Super-GAUs wird deutlich: Energiewende und Atomausstieg müssen die Leitlinien für die Europäische Energiepolitik sein. Anstatt die Betriebszeiten von Atomkraftwerken zu verlängern, sollte der Atomausstieg in Europa vorangetrieben werden. Der Stresstest für die ca. 150 Atomkraftwerke in der Europäischen Union hat viele Unsicherheiten und Defizite bei Atomanlagen zum Vorschein gebracht. Statt viele Milliarden Euro in die Nachrüstung alter Atomkraftwerke zu stecken, sollte das Geld in den Ausbau der Erneuerbaren Energien investiert werden. Vor allem die Milliarden für die

Nachrüstung des Atomkraftwerks Cattenom können besser für Projekte zur Energiewende in Frankreich genutzt werden.

Sachstandbericht der Umweltagentur: EU droht ihre eigenen Ziele zu verfehlen

Die Europäische Umweltagentur hat Anfang März ihren Sachstandbericht zum Zustand der europäischen Umwelt sowie einen Ausblick auf Verbesserungen und Verschlechterungen in den nächsten Jahren vorgestellt. Das Resultat ist ernüchternd: Europas Natur wird nicht ausreichend geschützt. Wenn keine neuen politischen Maßnahmen ergriffen werden, droht der Verlust wichtiger Ökosysteme wie beispielsweise die Artenvielfalt oder fruchtbare Böden. Das Ziel, den Verlust der Artenvielfalt europaweit aufzuhalten, ist schon 2010 verfehlt worden und ist weiterhin außer Reichweite. Fruchtbare Böden sind für die Lebensmittelproduktion erforderlich, so auch die Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes wie zum Beispiel die Bestäubung von Pflanzen durch Bienen und Insekten.

Der Sachstandbericht zeigt außerdem deutlich, dass sich der Zustand der Umwelt in denjenigen Bereichen verschlechtert, in denen keine verbindlichen Ziele gesetzt sind - so beispielweise bei der Landnutzung, der Verschwendung von natürlichen Ressourcen und den Auswirkungen der Umweltverschmutzung auf die menschliche Gesundheit. Das Fazit der Umweltagentur ist deutlich: Ohne verbindliche Zielsetzung sehen sich die Mitgliedstaaten nicht in der Pflicht, aktiv zu werden.

Es ist höchste Zeit, dass die Europäische Kommission aus ihrer Lethargie erwacht und den Umweltschutz ernst nimmt. Schon im siebten Umweltaktionsprogramm waren konkrete Maßnahmen zu diesen kritischen Bereichen vorgeschlagen worden. Die Forderungen des siebten Umweltaktionsprogramms müssen jetzt umgesetzt werden, um größere Schäden bei Mensch und Natur zu verhindern.

Meine Arbeit im Europäischen Parlament

Verfassungsausschuss (AFCO): Die Mängel der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) müssen beseitigt werden

Der Verfassungsausschuss des Europäischen Parlaments hat bei einer öffentlichen Anhörung über Wege diskutiert, um das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) zu verbessern. Neben Experten aus der Wissenschaft stand uns auch der erste Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans Rede und Antwort.

Seit 2012 können die Bürgerinnen und Bürger die Politik der Union durch die Europäische Bürgerinitiative direkt mitgestalten. Mit der Europäischen Bürgerinitiative steht den EU-

Bürgern ein Instrument der direkten Einflussnahme zur Verfügung, das weit über die Beteiligungsmöglichkeiten in den meisten Mitgliedstaaten hinausgeht. Die ersten Praxiserfahrungen zeigen jedoch, dass zu viele Initiativen an administrativen und formalen Hürden scheitern.

Trotz zahlreicher Versuche haben bislang nur drei Bürgerinitiativen die Anforderungen erfüllt. Wenn sich hunderttausende Menschen aus ganz Europa zusammenschließen, um für ein Ziel einzutreten, darf ihr Engagement nicht ins Leere laufen. Die technischen Hürden bei der Sammlung von Unterschriften müssen dringend beseitigt werden.

Die Europäische Bürgerinitiative gibt den Menschen nicht nur die Möglichkeit, sich direkt in die Politik einzubringen, sondern fördert auch die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit von Portugal bis ins Baltikum. Eine grenzüberschreitende Debatte in der Zivilgesellschaft ist unabdingbar für eine gelebte europäische Demokratie.

Umweltausschuss (ENVI): Biokraftstoffe der zweiten Generation fördern

Der Umweltausschuss im Europaparlament hat über neue Regeln für Biokraftstoffe abgestimmt. Wir müssen die Ungewissheit über die Zukunft des Biosprits in Europa beenden. Angesichts der steigenden Treibhausgasemissionen im Transportbereich brauchen wir einen Durchbruch nachhaltiger Kraftstoffe.

Die Zukunft liegt bei den Biokraftstoffen der zweiten Generation, also der Nutzung von Abfällen aus der Land- und Forstwirtschaft oder bei der Gewinnung von Energie aus anderen Stoffen, wie etwa Algen. Diesen Sektor müssen die Mitgliedstaaten und die EU in Zukunft fördern und damit neue Investitionen und Arbeitsplätze schaffen. Daher spricht sich der Umweltausschuss auch für einen verbindlichen Anteil der zweiten Generation der Biokraftstoffe am Verbrauch in Europa aus.

Die erste Generation der Biokraftstoffe, die aus Lebensmittelpflanzen wie Mais, Raps, Palmöl oder Soja gewonnen wird, soll bei sechs Prozent gedeckelt werden - laut Berichtsentwurf, der dem Umweltausschuss zur Abstimmung vorliegt. Die Flächenkonkurrenz von Nahrungsmitteln und Treibstoffen muss ein Ende haben. Die Klimapolitik der EU darf nicht weiter dazu führen, dass in Drittländern die Lebensmittelpreise steigen und Regenwälder abgeholzt werden. Die Rodung von Regenwäldern für die Herstellung von Biokraftstoffen ist nicht länger zu verantworten. Dadurch werden mehr Treibhausgase ausgestoßen und die Absicht des Klimaschutzziels der EU ins Gegenteil verkehrt.

Wichtig ist außerdem, dass die Verhandlungen mit dem Rat direkt beginnen: Seit die Kommission ihren Vorschlag zur Reform vorgelegt hat, sind zweieinhalb Jahre vergangen.

Wir müssen ein klares Zeichen setzen, wie es mit der Nutzung von Biosprit in Europa weitergehen soll.

Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist ein Grundrecht der Europäischen Union. Trotz vieler Fortschritte sind jedoch noch immer nicht alle Ziele erreicht. In einer während der Plenarwoche im März angenommenen Entschließung fordern wir mehr Engagement für die Gleichstellung von Männern und Frauen in Europa, um das geschlechtsspezifische Lohngefälle und die fehlende wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen zu bekämpfen.

In der Entschließung drängen wir die Mitgliedstaaten dazu, die Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen durchzusetzen sowie bildungspolitische Maßnahmen zu ergreifen, um Frauen zu einer Karriere in der Wissenschaft und den neuen Technologien zu ermutigen.

Klare Kante gegen außergerichtliche Schiedsstellen (ISDS) in Handelsverträgen

Wir europäische Sozialdemokraten nehmen klare Position gegen private und undemokratische Schiedsstellen (ISDS) ein. Wir erklären in einem Positionspapier unmissverständlich, dass in Handelsabkommen zwischen Staaten mit entwickelten Rechtssystemen keine privaten Schiedsstellen notwendig sind. Ich begrüße diese Entscheidung außerordentlich. Der Rechtsstaat mit klaren demokratischen Regeln und unabhängigen Gerichten darf bei Handelsabkommen nicht in Frage gestellt werden. Intransparente und private Schiedsstellen, die einseitig die Profitinteressen ausländischer Investoren im Auge haben und keine Revisionsmöglichkeiten vorsehen, haben in heutigen Handelsabkommen nichts zu suchen.

Wenn die EU-Kommission kein Scheitern der beiden transatlantischen Handelsabkommen riskieren will, wäre sie gut beraten, endlich aktiv zu werden und unsere Position in den Verhandlungen zu beherzigen. Ansonsten werden diese Abkommen im Europäischen Parlament nur schwer eine Mehrheit finden.

Keine Gigaliner auf Saarlands Straßen

Das Europäische Parlament hat dem grenzüberschreitenden Verkehr von Gigalinern einen Riegel vorgeschoben. In der Plenarwoche im März haben wir im Europäischen Parlament in Straßburg über die sogenannte Gigaliner-Richtlinie abgestimmt. Gigaliner sind zu lang und zu schwer, damit gefährden sie die Sicherheit auf unseren Straßen. Milliarden Euro an Steuergeldern müssten ausgegeben werden, um die Infrastruktur für die Megatrucks zu wappnen.

Auch für die Umwelt sind Gigaliner mit ihrem größeren Schadstoffausstoß ein Nachteil. Der grenzüberschreitende Verkehr von Gigalinern widerspricht dem vereinbarten Ziel, die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen bis 2030 um 20 Prozent zu verringern. Um dem fortschreitenden Klimawandel entgegenzutreten, sollte vielmehr der Gütertransport von der Straße auf die Schiene verlegt werden.

Energie-Union auch in der Großregion Saar-Lor-Lux

Ende Februar hat die Europäische Kommission in Brüssel das Konzept für eine Europäische Energie-Union vorgestellt. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit soll dabei das Rückgrat der Europäischen Union werden. Auch in der Großregion Saar-Lor-Lux muss eine Energie-Union verwirklicht werden.

Die Großregion SaarLorLux sollte die Chance nutzen, bei dem Ausbau der Erneuerbaren Energien ein gemeinsames Konzept zu verwirklichen. In der Großregion sind hierfür noch etlichen Potenziale ungenutzt. Nur wenn überregional am gleichen Strang gezogen wird, kann eine sichere und saubere Energieversorgung ermöglicht werden.

Die Atomenergie hat in Europa keine Zukunft. Bei der Energie-Union muss deshalb verhindert werden, dass europäische Finanzmittel für den Neubau oder die Nachrüstung von Atomkraftwerken verwendet werden. Das gilt auch für die Atomkraftwerke in Cattenom.

Wir Sozialdemokraten sind überzeugt, dass die Energieunion ein neues Energiemodell für Europa darstellen sollte, das die verschiedenen Bereiche der Energiepolitik zusammenführt, um den Übergang von fossilen Energieträgern mit hohen Kohlenstoffemissionen zu einem nachhaltigen, zukunftsorientierten Energiesystem zu beschleunigen. Der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien Vorrang einzuräumen, wird unseren Gesamtenergiebedarf und unsere Energieimporte verringern und damit unsere Importkosten erheblich senken. Das wiederum wird ermöglichen, dass neue Investitionen auf eine intelligente Infrastruktur, die Entwicklung einer gemeinschaftsbasierten Mikroerzeugung, die maritime Entwicklung

und Nachfragereaktionsmechanismen ausgerichtet sind, die die neuen digitalen Technologien voll nutzen, um das Verbraucherverhalten in Richtung einer Kreislaufwirtschaft zu lenken. Die Digitalisierung wird eine wichtige Rolle in der Energie-Union und bei der Verringerung der Emissionen spielen. Europa muss bei der Entwicklung neuer innovativer Lösungen Vorreiter sein, um den Übergang von einer Wegwerfgesellschaft zu einer Kreislaufwirtschaft zu vollziehen.

Kein Platz für Fremdenfeindlichkeit im Saarland

Am Montag, dem 16. März 2015, begann im Saarland die Internationale Woche gegen Rassismus. Die Dämonen der Vergangenheit wie Rassismus und Nationalismus dürfen im Saarland keine Chance bekommen. Deshalb ist es wichtig, Flagge zu zeigen und für ein weltoffenes Saarland einzutreten. Die Politik muss eine klare Kante gegen fremdenfeindliche Kräfte zeigen. Ob am Arbeitsplatz, in der Freizeit oder am Wohnort, wir brauchen eine Willkommenskultur für das Miteinander von Menschen mit verschiedener Herkunft.

Europa ist durch Vielfalt und nicht durch Einfalt geprägt. In der Geschichte des Kontinents hat es Einwanderung und Auswanderung in alle Himmelsrichtungen gegeben. Abschottung und Ausgrenzung von Menschen ist das Gegenteil der europäischen Idee, Menschen über nationale Grenzen hinaus zusammenzubringen.

Besuchergruppen im Europäischen Parlament in Straßburg



AG 60 plus Kleinblittersdorf



SPD-Ortsverein Neunkirchen-Zoo



Rotary-Club Saarlouis

Kontakt

Europa-Büro Jo Leinen

Talstraße 58

D-66119 Saarbrücken

europa-buero@joleinen.de

Tel. 0681-5891331

Fax. 0681-5891332

Im Internet

www.joleinen.de

www.spd-europa.de

www.europarl.de

 [facebook](#)

MitarbeiterInnen:

Marlene Lehmann

Michael Bachmann

Petra Müller-Jost